

# Lelio Basso

## Die Rolle des Rechts in der Phase des Übergangs zum Sozialismus\*

[...] Stimmt es oder entspricht es zumindest einer marxistischen Auffassung, daß außer der gewaltsamen Machteroberung oder einem subalternen Reformismus keine anderen Perspektiven mehr existieren? Stimmt es oder entspricht es zumindest einer richtigen Interpretation des Marxschen Denkens, daß man sich der Rechtsordnung des bürgerlichen Staates nicht bedienen kann – es sei denn zur Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft, wie es eine gängige Interpretation will, welche der rechten Sozialdemokratie (man erinnere sich an die Behauptung von Léon Blum, daß die Sozialisten an der Regierung eines bürgerlichen Staates nichts anderes sein können als die »loyalen Verwalter des kapitalistischen Systems«) und den Gruppen, die sich für revolutionär halten, gemeinsam ist? [...]

### I. DIE REVOLUTION ALS »PROZESS«

Das Problem der Übergangsweisen von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ist eines derjenigen Probleme, die die Arbeiterbewegung im Lauf ihrer Geschichte am meisten geplagt haben. Revolution oder Reformen? Gewaltsame Machteroberung oder friedlicher Weg? Nationaler Weg oder ein für alle gültiges Modell? – das sind Fragen, die sich sowohl für die Arbeiterparteien wie für die Theoretiker der Bewegung immer wieder stellen; um diese Fragen wird noch immer lebhaft diskutiert und die Meinungen dazu sind grundlegend verschieden.

Heute ist in der Arbeiterbewegung eine Auffassung von revolutionärer Strategie weit verbreitet, die auf der Vorstellung der gewaltsamen Machteroberung für die Errichtung des Sozialismus von oben beruht und die mitunter den Namen

\* In italienischer Sprache zuerst erschienen in: »Problemi del Socialismo«, 5/6, 1971, S. 818–862. Die Übersetzung besorgte Bruno Schoch.

Der nachstehend abgedruckte Beitrag von Lelio Basso ist sowohl für die marxistische Rechts-  
theorie als auch für die sozialistische Strategiedebatte von besonderer Bedeutung. Es handelt  
sich um den hier gekürzten (die Kürzungen sind durch eckige Klammern angezeigt) Text eines  
Referats, das Basso auf dem vom Centro de Estudios de la Realidad Nacional der katholischen  
Universität von Santiago und vom Centro de Estudios Socioeconomicos der staatlichen Uni-  
versität von Santiago im Oktober 1971 in Santiago veranstalteten Symposium über den Über-  
gang zum Sozialismus und die chilenische Entwicklung gehalten hat.

Die Arbeiten Lelio Bassos, der dem deutschen Leser vor allem durch das Buch »Zur Theorie  
des politischen Konflikts« (edition suhrkamp 308) bekannt ist, spielen in der politischen und  
sozialwissenschaftlichen Diskussion Italiens eine wichtige Rolle. Basso hat darüber hinaus die  
Diskussionen der westeuropäischen Linken über die Strategie der Arbeiterbewegung, über anti-  
kapitalistische Strukturreformen und über Entwicklungstendenzen des Neokapitalismus ent-  
scheidend beeinflusst. (Vgl. auch die biographischen Hinweise in diesem Heft auf S. 345)

[Anm. d. Red.]

Marxismus-Leninismus trägt. Es ist nun aber darauf hinzuweisen, daß diese Theorie trotz ihres Namens eher ein Elaborat von Stalin als von Marx und Lenin ist, die sie gewiß abgelehnt hätten wegen ihres undialektischen Schematismus. Mehr denn ein Ausdruck des authentischen revolutionären Denkens von Marx und Lenin scheint mir diese Doktrin das Ergebnis einer revolutionären Volkstradition zu sein, die sich außerhalb der großen Theoretiker der Arbeiterbewegung gebildet hat. Diese sind zum Teil von ihr beeinflusst worden und haben zum größeren Teil auf sie reagiert. Diese revolutionäre Volkstradition hat ihre Ursprünge im 18. Jahrhundert, das sowohl das Modell einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft (insbesondere der *Code de la nature* von Morelly, dessen Einfluß noch in Lenins *Staat und Revolution* sichtbar ist), als auch die Theorie der Omnipotenz der Gesetze als gesellschaftsformender Kraft hervorgebracht hat. Indem Babeuf und seine Genossen diesen zweifachen Beitrag, von den Erfahrungen der Erfolge und Irrtümer der französischen Revolution bestärkt, aufnahmen, dachten sie, es genüge, mit Hilfe einer Verschwörung der Macht habhaft zu werden und dann eine Diktatur zu errichten, um den Kommunismus verwirklichen und die Menschen verändern zu können. Nachdem über Buonarroti diese Revolutionsdoktrin in die französischen, belgischen und deutschen Geheimgesellschaften eingegangen und in England vom Chartistenführer Bronterre O'Brien übernommen worden war, hat sie – die für ihre Zeit ein großer Fortschritt war, dagegen zur fortschreitenden Entwicklung in Rückstand gerät, wenn sie unverändert beibehalten wird – der revolutionären Volkstradition zusätzliche Nahrung geliefert. Später erst trat zu dieser Tradition die von der deutschen Sozialdemokratie übernommene Idee hinzu, daß zur Machtübernahme anstelle der Verschwörung Babeuf'schen Typs und der Blanquistischen Geheimgesellschaft eine starke Parteiorganisation der Arbeiterklasse nötig sei. Und wie es im allgemeinen mit großen Denkern geht, die mit dem Scharfblick ihres Genius den Zeiten vorseilen und ihren Zeitgenossen weit voraus sind, so wurde auch Marx – auch von jenen, die sich seine Schüler nannten – oft durch die Brille dieser simplizistischen Tradition gelesen und damit dessen beraubt, was sein grundlegender Beitrag ist: der dialektischen Auffassung des historischen Werdens. Diese Auffassung betrachtet den revolutionären Prozeß als ein von der kapitalistischen Entwicklung untrennbares Moment, als einen langen Prozeß, der nicht mit der Machtübernahme beginnt, sondern in ihr kulminiert, nachdem die Grundlagen der neuen Gesellschaft, darunter der neue Mensch für die neue Gesellschaft, bereits innerhalb der alten Gesellschaft sich herausgebildet haben.

Es ist erstaunlich, daß selbst ein so angesehener Wissenschaftler wie Paul M. Sweezy in einer neulich publizierten Schrift über den Übergang zum Sozialismus<sup>1</sup> diesen originalen Beitrag von Marx abgelehnt und sich dagegen auf die revolutionäre Volkstradition berufen hat, welche die Errichtung des Sozialismus *ex nihilo* nach der gewaltsamen Machtergreifung vorsieht. Im einzelnen hat Sweezy behauptet:

- a) Während der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus sich mittels der Elemente vollzogen habe, die aus der feudalen Gesellschaft hervorgegangen sind und sich schon in dieser entwickelt haben, schließe der Marxismus eine analoge Möglichkeit für den Sozialismus aus, der sich nicht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln könne;
- b) Marx gebe keine Antwort auf die Frage, wo ein neuer Mensch, d. h. ein

<sup>1</sup> Paul M. Sweezy, *La transizione al socialismo*, in: »Monthly Review«, Nr. 6, 1971, S. 1–7.

Mensch mit revolutionärem und sozialistischem Bewußtsein, entstehe; diese Lücke habe erst Lenin beseitigt mit der Theorie der Unfähigkeit der Arbeiter, sich über das trade-unionistische Bewußtsein zu erheben und der daraus folgenden Notwendigkeit, daß das Klassenbewußtsein durch Intellektuelle von außen in das Proletariat hineingetragen werden müsse.

Ich persönlich vertrete eine dem entgegengesetzte Ansicht und ich möchte so gleich sagen, daß mein Referat sich innerhalb einer völlig anderen Perspektive bewegt. Zum besseren Verständnis meiner Rede scheint es mir daher nötig, kurz meine Interpretation des Marxschen Denkens über den Übergang zum Sozialismus zusammenzufassen, denn die Vorstellungen, die im folgenden über die Verwendung der Rechtsnormen im Dienste des Übergangs zum Sozialismus entwickelt werden, haben ihren Sinn nur im Rahmen dieser Interpretation<sup>2</sup>.

Zum ersten Punkt, also zur Analogie zwischen dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus und dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus schreiben Marx und Engels gerade im *Manifest der Kommunistischen Partei*, nachdem sie das Entstehen und das Wachsen der bürgerlichen Gesellschaft innerhalb der alten Gesellschaft beschrieben haben, hinsichtlich des Vormarsches des Proletariats: »Unter unseren Augen geht eine ähnliche Bewegung vor«,<sup>2a</sup> und sie erklären ferner, daß die vom Kapitalismus heraufbeschworenen Produktivkräfte schon dabei sind, die alten gesellschaftlichen Verhältnisse zu zerstören und daraus neue hervorzubringen. In derselben Periode hatte Marx über die aus der feudalen Gesellschaft hervorgegangene bürgerliche Gesellschaft geschrieben, daß »in den Poren der alten Gesellschaft eine neue Gesellschaft sich herangebildet hat, welche auch die politische Hülse – die naturgemäße Decke der alten Gesellschaft – als eine naturwidrige Fessel empfinden und in die Luft sprengen muß.«<sup>3</sup> Von hier aus wird klar, was Marx sagen will, wenn er von einem »analogen« Prozeß für das Proletariat spricht. Es ist übrigens dieselbe Auffassung, die er an vielen anderen Stellen wiederholt, zum Beispiel wenn er im Jahre 1867 schreibt: »Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.«<sup>3a</sup> oder im Jahre 1871: »Sie [die Arbeiterklasse] hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisellschaft entwickelt haben.«<sup>4</sup>

Man kann diese Auffassung von Marx nun akzeptieren oder ablehnen; daran aber, daß für Marx die proletarische Revolution und die Entstehung des Sozialismus in einer analogen Weise zur bürgerlichen Revolution zu verstehen sind und daß für ihn die neue Gesellschaft sich schon innerhalb der alten herantreibt, darüber gibt es keinen Zweifel.

Ebenso bleibt mir unverständlich, wie Sweezy behaupten kann, man finde bei Marx keine Ausführungen zum spezifischen Problem der Fähigkeit oder der Vorbereitung des Proletariats zur Herstellung einer sozialistischen Gesellschaft, weshalb man notwendigerweise auf die Leninsche Theorie rekurren müsse, derzufolge das Bewußtsein von außen ins Proletariat getragen wird. Vor allem

<sup>2</sup> Die Ansichten, die im folgenden hier resümiert werden, sind ausführlich entwickelt in meinem Aufsatz *Appunti sullo sviluppo della teoria rivoluzionaria in Marx e Engels*, in: *Neocapitalismo e sinistra europea*, Laterza, Bari 1969.

<sup>2a</sup> Dieser Satz (MEW 4, S. 467) lautet in der von Basso zitierten italienischen Fassung: »Sotto i nostri occhi si va compiendo un processo analogo«, was den Gebrauch des Terminus »Analogie« im folgenden erklärt. [Anm. d. Übers.]

<sup>3</sup> K. Marx, *Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral*, MEW 4, S. 347.

<sup>3a</sup> K. Marx, *Das Kapital*, I, MEW 23, S. 779.

<sup>4</sup> K. Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW 17, S. 343.

ist dazu zu bemerken, daß es sich hier keineswegs um eine genuin Leninsche Theorie handelt: Diese These, die in *Was tun?* enthalten ist, wird bereits in einem Artikel von Kautsky in der »Neuen Zeit« vertreten – und daß Kautsky Marx nicht authentisch interpretiert, sondern vielmehr verballhornt hat, ist bekannt<sup>5</sup>. Demgegenüber lassen sich die Abschnitte von Marx und Engels, in denen sie das Gegenteil sagen, gar nicht zählen:

»Wie die Ökonomen die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sind, so sind die Sozialisten und Kommunisten die Theoretiker der Klasse des Proletariats. Solange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituieren, und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt, [...] solange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die [...] Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie [...] nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen.«<sup>6</sup>

»Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften sich selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweise bricht der Kampf in Emeuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie werden befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf.«<sup>7</sup>

»Für den schließlichen Sieg der im »Manifest« aufgestellten Sätze verließ sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Entwicklung und der Diskussion notwendig hervorgehen mußte.«<sup>8</sup>

»Die Emanzipation der Arbeiterklasse (muß) durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden.«<sup>9</sup>

»Die Internationale wurde gestiftet, um die wirkliche Organisation der Arbeiterklasse für den Kampf an die Stelle der sozialistischen oder halbsozialistischen Sekten zu setzen. Die ursprünglichen Statuten wie die »Inauguraladresse« zeigen dies auf den ersten Blick. Andererseits hätte die Internationale sich nicht behaupten können, wenn der Gang der Geschichte nicht bereits das Sektenwesen zerschlagen gehabt hätte. Die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die der wirklichen Arbeiterbewegung stehen stets im umgekehrten Verhältnis. Solange die Sekten berechtigt sind (historisch), ist die Ar-

<sup>5</sup> »Das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig Entstandenes.« (K. Kautsky, *Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich*, in: »Die Neue Zeit«, XX, 1901–1902, Nr. 1). Es ist bekannt, daß Lenin sehr stark unter dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie stand und sich bis zum Vorabend des Krieges von 1914 ihrer opportunistischen Tendenzen nicht bewußt war. Es ist übrigens kein Zufall, daß eben *Was tun?* mit einem Zitat von Lassalle beginnt, wie es ebensowenig ein Zufall ist, daß Lenin noch 1905 schrieb: »Wo und wann habe ich versucht, in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Bebels und Kautskys nicht identisch wäre? [...] Die volle Solidarität der internationalen revolutionären Sozialdemokratie in allen wichtigen Fragen des Programms und der Taktik ist eine absolut unbestreitbare Tatsache.« (W. I. Lenin, *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*, in: *Ausgewählte Werke in drei Bänden*, Band I, S. 576).

<sup>6</sup> K. Marx, *Das Elend der Philosophie*, MEW 4, S. 143 (Die Hervorhebungen, auch in den folgenden Zitaten, stammen von L. Basso, [Anm. d. Übers.].)

<sup>7</sup> *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, S. 470 f.

<sup>8</sup> F. Engels, *Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe (1890) des Manifests der Kommunistischen Partei*, MEW 22, S. 57.

<sup>9</sup> K. Marx, *Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation*, MEW 16, S. 14.

beiterklasse noch unreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung. *Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Sekten wesentlich reaktionär.* [...] Und die Geschichte der Internationalen war ein fortwährender Kampf des Generalrats gegen die Sekten und Amateurversuche, die sich gegen die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse innerhalb der Internationalen selbst zu behaupten suchten.«<sup>10</sup>

Man vergleiche dazu auch die Einleitung zum *Fragebogen für Arbeiter*, den Marx verfaßt und am 20. April 1880 in der »Revue socialiste« veröffentlicht hat, wo Marx von den Arbeitern sagt, »daß nur sie allein und keine von der Vorsehung bestimmten Erlöser energisch Abhilfe schaffen können gegen das soziale Elend, unter dem sie leiden.«<sup>10a</sup>

Aus diesen Stellen, zu denen noch viele andere hinzugezogen werden könnten, geht eindeutig hervor, daß sich im verallgemeinernden Kampf der Arbeiterklasse ihr Klassenbewußtsein bildet, d. h. daß die Klasse in ihm Reife und politische Dimension erlangt. Jetzt werden die Theoretiker, zuvor bloße Utopisten, seine einfachen »Organe« oder Sprachrohre, und die Sekten verschwinden, um der »wirklichen Bewegung« Platz zu machen. Es ist dieser Prozeß, den Marx als »geschichtliche Selbsttätigkeit«<sup>10b</sup> der Arbeiterklasse bezeichnet.

Und was die Möglichkeit betrifft, das Bewußtsein »von außen« in die Arbeiter hineinzutragen, was dasselbe heißt wie den Intellektuellen die Fähigkeit, das Proletariat zu erziehen, zuzuschreiben, so genügt es, dazu die dritte These über Feuerbach in Erinnerung zu rufen:

»Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden.«<sup>10c</sup>

Darüber hinaus hat Marx auch erklärt, aus welchem historischen Grund die Arbeiterklasse diese »neuen Menschen«, die Sweezy zur Konstitution der neuen Gesellschaft mit Recht für unabdingbar hält, hervorbringen kann:

»Wir wissen, daß *die neuen Kräfte der Gesellschaft*, um richtig zur Wirkung zu kommen, nur neuer Menschen bedürfen, die ihrer Meister werden – und *das sind die Arbeiter.* [...] Die englischen Arbeiter sind die erstgeborenen Söhne der modernen Industrie. Sie werden also gewiß nicht die letzten sein, der durch diese Industrie erzeugten sozialen Revolution zu helfen, einer Revolution, die die Emanzipation ihrer eigenen Klasse in der ganzen Welt bedeutet, die so universal ist wie die Herrschaft des Kapitals und die Lohnklaverei.«<sup>11</sup>

Der dritte Punkt, der meines Erachtens geklärt werden muß, betrifft die Anwendung der Gewalt als ein notwendiges Moment der Machtergreifung durch das Proletariat. Die Auffassung, daß die Machtergreifung notwendig gewaltsam sein müsse, stammt vom jungen Marx – aus einer Zeit, als kein anderer Weg gangbar schien – und wird vom reifen Marx nicht mehr geteilt, der jetzt je nach den jeweils existierenden Bedingungen unterscheidet zwischen Ländern, in denen die Gewalt notwendig sein wird, und solchen, in denen sie überflüssig sein kann.

<sup>10</sup> K. Marx an F. Bolte am 23. Nov. 1871, MEW 33, S. 328 f.

<sup>10a</sup> Vgl. MEW 19, S. 569 f.

<sup>10b</sup> Deutsch im Original, [Anm. d. Übers.]

<sup>10c</sup> K. Marx, *Thesen über Feuerbach*, MEW 3, S. 5 f.

<sup>11</sup> K. Marx, *Rede auf der Jahresfeier der »People's Paper«* am 14. April 1956 in London, MEW 12, S. 4.

In einem Brief vom 12. April 1871 an Kugelmann sagt Marx, daß es notwendig sei, »die bürokratisch-militärische Maschinerie [...] zu zerbrechen«, und nennt dies »die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.«<sup>12</sup> Marx unterscheidet also zwischen dem kontinentalen Europa und England, wo ihm die Teilnahme einer organisierten Arbeitermasse an den politischen Kämpfen als Vorzeichen für mögliche neue Entwicklungen erschien. Im darauffolgenden Jahr hielt Marx die berühmte Rede in Amsterdam (8. Sept. 1872), worin er die Ansicht vertrat, daß die Wege zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern – entsprechend ihren Institutionen, Sitten und Traditionen – notwendigerweise verschieden sein müssen, und daß es Länder gebe, in denen die Arbeiter durchaus »auf friedlichem Weg« die Macht übernehmen können, wie Amerika, England und vielleicht auch Holland<sup>13</sup>. In einem Interview, das am 5. Januar 1879 in der »Chicago Tribune« erschien, insistierte Marx noch einmal auf der Unterscheidung zwischen den reaktionären Staaten, in denen die gewaltsame Revolution notwendig sei, und denen, worin dies nicht der Fall sei: man brauche nicht Sozialist zu sein um vorauszusehen, daß Rußland, Deutschland und vielleicht auch Italien – sofern die Italiener auf ihrem gegenwärtigen Weg weitermachen – Schauplätze blutiger Revolutionen sein würden. Die Ereignisse der französischen Revolution könnten sich in diesen Ländern wiederholen, was für jeden, der sich mit Politik beschäftige, offensichtlich sei<sup>14</sup>. Als Engels nach dem Tod von Marx eine Einleitung zur englischen Ausgabe des *Kapitals* schrieb (1886), sprach er von seinem Freund als von einem Mann, »dessen ganze Theorie das Ergebnis eines lebenslangen Studiums der ökonomischen Geschichte und Lage Englands ist und den dieses Studium zu dem Schluß geführt hat, daß, zumindest in Europa, England das einzige Land ist, wo die unvermeidliche soziale Revolution gänzlich mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln durchgeführt werden könnte. Gewiß hat er nicht vergessen hinzuzufügen, daß er kaum erwarte, die herrschenden Klassen Englands würden sich ohne »proslavery rebellion« dieser friedlichen und gesetzlichen Revolution unterwerfen.«<sup>15</sup> Deswegen werde die Gewalt vielleicht in allen Ländern dann notwendig sein, wenn die Bourgeoisie sich nicht damit abfinden wird, die Macht zu verlieren und mit Gewalt die Lohnverhältnisse der Produktion (d. h. die moderne Sklaverei) verteidigen will – wie während des amerikanischen Sezessionskrieges die Grundeigentümer des Südens mit Gewalt die Negerklaverei gegen den industriellen Norden verteidigt haben. In diesem Fall wäre es die letzte Gewaltanwendung einer untergehenden Klasse und ihr hat das Proletariat natürlich mit Gewalt zu begegnen; aber es ist durch die angeführten Zitate, zu denen man noch viele andere hinzufügen könnte, offensichtlich geworden, daß der reife Marx die gewaltsame Machteroberung durch das Proletariat keineswegs für ein unabdingbares Moment des Übergangs zum Sozialismus hielt, daß er vor allem auf die in einem langen Prozeß von Klassenkämpfen sich vollziehende Reifung vertraute, die gleichzeitig und verbunden mit sowohl den objektiven Bedingungen (Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte und daraus folgende Transformationen der Strukturen) als auch den subjektiven Bedingungen (Bildung und Entwicklung des Klassenbewußtseins, demokratische Fähigkeit zur Selbstbestimmung des Produktionsprozesses seitens des Proletariats, fortschreitende Verlagerung der Machtverhältnisse, etc.) zustande kommt.

<sup>12</sup> Brief von Marx an Kugelmann am 12. April 1871, MEW 33, S. 205.

<sup>13</sup> Vgl. MEW 18, S. 160.

<sup>14</sup> Vgl. B. Andreas, *Marx über die SPD, Bismarck und das Sozialistengesetz*, in: »Archiv für Sozialgeschichte«, V, 1965, S. 363 ff.

<sup>15</sup> Vgl. *Das Kapital*, I, MEW 23, S. 40.

Wie hat man sich nun diesen Prozeß dialektischer Wechselwirkung, der diese zweifache Reifung enthält, vorzustellen, einen Prozeß, den wir als revolutionär definieren können, nachdem wir gesehen haben, daß für Marx die Revolution eben ein Prozeß ist, ja sogar ein sehr langer Prozeß – und nicht ein einfacher Augenblick des Aufstandes und der Machtübernahme?

Der grundlegende Widerspruch (d. h. der Widerspruch, der einen revolutionären Prozeß hervorruft) der kapitalistischen Gesellschaft war für Marx bekanntlich derjenige zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den auf privatem Profit gründenden Produktionsverhältnissen<sup>16</sup>. Es ist ferner bekannt, daß im Rahmen dieser Auffassung revolutionäres Subjekt nicht das Proletariat isoliert für sich betrachtet ist, sondern die Gesamtheit der Produktivkräfte, d. h. die Arbeiterklasse zwar an erster Stelle, aber in Verbindung mit der Entwicklung der Produktionsmittel, der Wissenschaft, der Organisationsformen usw.<sup>17</sup>

Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist daher eine permanente revolutionäre Dialektik am Werk, die dem Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften entspringt. Die Produktionsverhältnisse sind es, die die kapitalistische Produktionsweise charakterisieren und die Achse der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnen, die wir die kapitalistische nennen. Diese ökonomische Gesellschaftsformation bildet nach Marx eine »Totalität«<sup>18</sup> oder ein »System« in dem Sinn<sup>19</sup>, daß sie eine innere Kohärenz besitzt, die dazu tendiert, alle Komponenten der Logik des Systems zu unterwerfen, welche die Logik des Profits ist. Die Einheit von Basis und Überbau, die Bildung der Ideologien als mystifizierte Darstellung der Realität, die Unterordnung der Unterschichten unter die Ideen der herrschenden Klasse<sup>20</sup>, die Verbürgerlichung der Arbeiter<sup>21</sup> und die daraus folgende Zustimmung der Arbeiter zu einem Regime,

<sup>16</sup> »Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.« (K. Marx, *Vorwort von Zur Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 9)

<sup>17</sup> »Dampf, Elektrizität und Spinnmaschinen waren Revolutionäre von viel gefährlicherem Charakter als selbst die Bürger Barbès, Raspail und Blanqui.« (K. Marx, *Rede auf der Jahresfeier des »People's Paper« am 14. April 1856 in London*, MEW 12, S. 3.)

<sup>18</sup> »Das Resultat, wozu wir gelangen, ist nicht, daß Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion identisch sind, sondern daß sie alle Glieder einer Totalität bilden, Unterschiede innerhalb einer Einheit [. . .]. Eine bestimmte Produktion bestimmt also bestimmte Konsumtion, Distribution, Austausch und bestimmte Verhältnisse dieser verschiednen Momente zueinander. Allerdings wird auch die Produktion, in ihrer einseitigen Form, ihrerseits bestimmt durch die andren Momente [. . .]. Es findet Wechselwirkung zwischen den verschiednen Momenten statt. Dies der Fall bei jedem organischen Ganzen.« (K. Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* [Rohentwurf], Ffm. o. J., S. 20, Hervorhebungen von Marx.)

<sup>19</sup> »Wenn im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andre in der bürgerlich-ökonomischen Form voraussetzt und so jedes Gesetzte zugleich Voraussetzung ist, so ist das mit jedem organischen System der Fall. Dies organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben (darin), alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität. Das Werden dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung.« (ibid. S. 189)

<sup>20</sup> »Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.« (*Manifest der Kommunistischen Partei*, a. a. O., S. 480)

<sup>21</sup> »Die Arbeiter scheinen après tout über der momentanen prosperity und der Aussicht auf die gloire de l'empire rein verbürgerlicht zu sein.« (Brief von Engels an Marx am 24. September 1852, MEW 28, S. 145.) In einem anderen Brief an Marx (7. Oktober 1858) schreibt Engels:

das sie ausbeutet,<sup>22</sup> usw. sind nur Exemplifikationen der konstanten Bewegung dieser inneren Logik, des Ausströmens einer integrativen Kraft, die dazu neigt, auch die Arbeiterklasse auf den gemeinsamen Nenner der Werte zu reduzieren, in dem sich die Natur des Kapitalismus ausdrückt. Diese Integrationskraft tendiert dazu, die einzelnen Reformen ihres Inhaltes zu entleeren, indem sie sie integriert in das System, das zwar einige Züge verändert infolge dieser Reformen, aber sein Wesen, die Logik des Profits, beibehält, der alles untergeordnet und geopfert wird.

Gegen diese integrative Logik des Systems kommt bloßes Predigen und bloße Propaganda nicht an. Die voluntaristischen Aufrufe zur Emanzipation und zur Revolution können das bürgerliche System nicht umwälzen. Die Logik des Systems kann einzig von einer ihr widersprechenden Logik gebrochen werden, von einer Logik, die in der Lage ist, eine noch stärkere Aggregatkraft auszudrücken. Diese antagonistische Logik gibt es nun in der Tat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft: Es handelt sich um die Logik der Entwicklung der Produktivkräfte. Der Kapitalismus ist bei Strafe seines Unterganges gezwungen, die Produktivkräfte immer mehr zu entwickeln, und diese erhalten durch diese Entwicklung einen immer gesellschaftlicheren Charakter<sup>23</sup>, der sich immer weniger mit den privaten Produktionsverhältnissen verträgt. Das revolutionäre Handeln der Arbeiterbewegung muß sich daher einfügen in diesen Prozeß der wachsenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte: In dem Maße, in dem das Proletariat in die der Entwicklung der Produktivkräfte innewohnenden Vergesellschaftungstendenzen bewußt eingreift, d. h. in dem Maße, wie es ihm gelingt, das Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft zu beherrschen, kann es die Elemente der neuen Gesellschaft schon innerhalb der alten entwickeln und die revolutionäre Krise vorbereiten, die dann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zerbricht. In diesem Sinn hat Marx den revolutionären Prozeß als »selbstbewußte Teilnahme« der Arbeiterklasse »an dem unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Umwälzungsprozeß der Gesellschaft«<sup>24</sup> bestimmt.

Die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft ist die Geschichte dieses Konflikts. In dem Maße, wie die Entwicklung der Produktivkräfte neue Vergesellschaftungserfordernisse erheischt, ist die herrschende Klasse gezwungen – ent-

»Mir scheint übrigens Jones' new move [...] in der Tat damit zusammenzuhängen, daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat *neben* der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.« (MEW 29, S. 359)

<sup>22</sup> »Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt [...]. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den »Naturgesetzen der Produktion« überlassen bleiben, d. h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital.« (K. Marx, *Das Kapital*, I, MEW 23, S. 765)

<sup>23</sup> Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte resultiert nicht allein – auch nicht vorwiegend – aus den enorm gewachsenen Dimensionen der Unternehmen, sondern vielmehr daraus, daß die Produktion heute des Weltmarktes sowohl für die Zufuhr von Rohstoffen wie für den Absatz der Produkte bedarf, daraus, daß sie das Eingreifen der Staatsmacht erfordert, für die Infrastruktur, für die Organisation der Schule zur Vorbereitung der Arbeiterschaft und der Techniker, zur wissenschaftlichen Forschung, zur Preisüberwachung, zur Garantierung einer zahlungskräftigen Nachfrage, usw. Ohne diesen täglichen Eingriff der staatlichen Machtorgane wäre der Kapitalismus heute nicht mehr imstande, sich weiterzuentwickeln, ja überhaupt noch zu funktionieren.

<sup>24</sup> K. Marx, *Herr Vogt*, MEW 14, S. 439.

weder durch die objektiven Erfordernisse dieses Wachsens oder wegen des daraus hervorgehenden bewußten Eingreifens der Arbeiterklasse –, Reformen zu akzeptieren, d. h. Änderungen in der eigenen Organisation, die deren kollektives und gesellschaftliches Element verstärken. In diese Richtung gehen: Sozialgesetzgebung zum Schutz der Arbeiter, Ausdehnung des Stimmrechts bis zum allgemeinen, zunehmendes Eingreifen des Staates ins ökonomische Leben bis hin zu Verstaatlichungen und Formen der Planung. Jede dieser Reformen ist eine Folge der Entwicklung der Produktivkräfte und somit Ausdruck der Vergesellschaftungslogik, die diese Entwicklung in sich trägt – und steht gewiß im Gegensatz zum ursprünglichen Erscheinungsbild des Kapitalismus, in dem der Privatunternehmer Herr seines eigenen Unternehmens war. Jede dieser Reformen ist übrigens bei der Kapitalistenklasse anfangs auf entschiedenen Widerstand gestoßen und als sozialistische Maßnahme denunziert worden, bevor sie jeweils von der Integrationslogik des Systems »verdaut« wurde; diese Integrationslogik hat es verstanden, viele Reformen, die dem Kapitalismus zunächst als tödliche Verletzungen erschienen, in Mittel der kapitalistischen Entwicklung zu verwandeln.

Dennoch zeigt in der dialektischen Auffassung des Marxismus jedes Moment des kapitalistischen Entwicklungsprozesses seine zwei sich widersprechenden Gesichter. Wenn die Arbeiterbewegung nicht in der Lage ist, sich des für sie günstigen Aspekts, d. h. des der Vergesellschaftungstendenz der Produktivkräfte inhärenten revolutionären Aspekts zu bedienen, so wird es der Logik des Systems, der Logik des Profits, gelingen, ihn seines revolutionären Gehalts zu berauben und ein neues Gleichgewicht zu finden, in dem auch das neue Entwicklungsmoment, der neue Anstoß, der aus dem Wachsen der Produktivkräfte hervorgeht, praktisch wieder absorbiert und in den Kontext der alten Ordnung integriert wird. Wenn dagegen die Arbeiterbewegung eine klare Vorstellung der revolutionären Ziele besitzt und bewußt in den Entwicklungsprozeß eingreift, um jedes seiner Momente gegen die antagonistische Logik der Vergesellschaftung zu kehren, so wird diese nach und nach zum Kristallisationspunkt des neuen Systems und konzentriert alle Elemente einer neuen Gesellschaft in sich, die ein kohärentes Ganzes bilden, das in der Lage ist, die Logik des alten Systems zu überwinden. Mit anderen Worten: In der Marxschen Auffassung besteht der tiefe Kern des revolutionären Prozesses keinesfalls in der Vorbereitung des Aufstandes zur gewaltsamen Machtergreifung; diese darf nicht als ein in sich abgeschlossener Vorgang betrachtet und losgelöst von den Transformationsprozessen der Gesellschaft wie der Menschen verstanden werden. Den Kern bilden vielmehr eben jene Prozesse,<sup>25</sup> die er als »revolutionäre Praxis«<sup>26</sup> bezeichnet und die sich realisieren durch den dialektischen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, d. h. zwischen den beiden antagonistischen Logiken, von denen wir gesprochen haben.

Die Zusammenfassung dieses Prozesses gibt uns Engels im *Anti-Dühring*:

»Haben wir sie [die gesellschaftlich wirkenden Kräfte] aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehn – und gegen dieses Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger –, solange wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen

<sup>25</sup> Vgl. Anm. 17.

<sup>26</sup> Vgl. dazu die dritte Feuerbachthese, MEW 3, S. 6.

sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden.«<sup>27</sup>

»Je mehr Produktivkräfte er [der Staat] in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.«<sup>28</sup>

Wenn diese »Handhabe« von der kapitalistischen Produktionsweise selbst vorbereitet worden ist, wenn der Entwicklungsprozeß der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht mehr weiter getrieben werden kann, »(ergreift) das Proletariat [...] die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel in Staatseigentum.«<sup>29</sup>

Natürlich heißt das für die Praxis nun keineswegs, daß man vor der Machtübernahme erst den vollständigen Ausgang dieses Zusammenstoßes der beiden antagonistischen Logiken abwarten muß. Denn der Konflikt, der diesem Antagonismus permanent entspringt, kann in jedem Augenblick politische Krisen bewirken, die in der Machtübernahme durch das Proletariat enden: So kann zum Beispiel ein Versuch der Bourgeoisie, mit Gewalt den Boden der Legalität zu verlassen, um die normale Entwicklung des Kampfes zu verhindern – oder irgendeine andere Weise, mit der die herrschende Klasse versucht, einem revolutionären Prozeß, dem sie nicht mehr Herr werden kann, auszuweichen (z. B. mit einem Krieg) – als Reaktion die endgültige Machtübernahme durch das Proletariat hervorrufen. Dieser Augenblick wird jedoch nie eintreten, wenn die Bedingungen dafür nicht vorbereitet werden – und dies geschieht eben durch die Anstrengung der Arbeiterklasse, ihrer Parteien und ihrer Verbündeten, bis zu jenem Moment das Maximum der Elemente der zukünftigen Gesellschaft herauszubilden und sie organisch aufzuheben in das, was wir die antagonistische Logik des Systems genannt haben (d. h. die Logik der gesellschaftlichen Entwicklung der Produktivkräfte), um sie damit zu einem soliden Anziehungspol für alle folgenden Strukturveränderungen zu machen.

Auf diese Weise wird sich der Rhythmus der Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft nach und nach beschleunigen – wie Marx und Engels gezeigt haben genau in dem Maße, wie die Arbeiterbewegung gelernt hat, die Entwicklungsgesetze zu verstehen und zu beherrschen, und wie sie auf dieser Basis ihren bewußten Eingriff in die reale Bewegung der Gesellschaft vornehmen kann. Es ist hier zu bemerken, daß die objektive Logik des Systems, d. h. die Logik des Profits, auf der Ebene der Gegenwart zwar eine höhere Anziehungskraft darstellt als die antagonistische Logik und somit eine größere Anstrengung seitens des Proletariats erheischt, daß aber auf historischer Ebene die Logik der Entwicklung der Produktivkräfte bestimmend ist. Wie Marx im *Vorwort* von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* gesagt hat – was er im übrigen schon in der *Deutschen Ideologie* und im *Elend der Philosophie* vorweggenommen hatte –, wird der Lauf der Geschichte geprägt vom Gesetz der Entsprechung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, sind die Produktionsverhältnisse in letzter Instanz – sofern das Wachstum der Produktivkräfte nicht unterbleibt, was

<sup>27</sup> F. Engels, *Anti-Dühring*, MEW 20, S. 260 f.

<sup>28</sup> *Ibid.* S. 260.

<sup>29</sup> *Ibid.* S. 261.

sich der Kapitalismus jedoch bei Strafe seines Untergangs nicht leisten kann – gezwungen, sich jenen anzupassen. In dieser Umwandlung der Produktionsverhältnisse von privaten zu sozialen und in der parallel dazu sich vollziehenden Veränderung der Menschen liegt der Ursprung des revolutionären Prozesses.

Um diesen revolutionären Prozeß erfolgreich vorantreiben zu können, muß man sich des »Totalitäts«charakters dieser Prozesse, die daher nicht »abschnittsweise« angegangen werden können, bewußt sein. Es handelt sich also darum, sämtliche Aspekte des sozialen Lebens voranzutreiben, welche die zukünftige Gesellschaft beleben werden, d. h. wie wir gesagt haben: die Strukturen und das Bewußtsein der Menschen, die Institutionen und die Kultur, die Machtverhältnisse und die ethischen Werte, usw. In diesem Rahmen nimmt das Recht einen wichtigen Platz ein und ich werde versuchen, jetzt vor allem auf das Problem der Verwendung des Rechts innerhalb der Strategie des Übergangs aus der oben grob skizzierten Gesellschaft näher einzugehen.

## II. DIE MARXISTISCHE AUFFASSUNG DES RECHTS

Zunächst ist nach der Natur des Rechts zu fragen. Einer unter den Marxisten recht verbreiteten Auffassung zufolge ist das Recht nichts anderes als der Ausdruck der Herrschaft der Kapitalistenklasse im Überbau; es ist demnach nichts anderes und darf nichts anderes sein als der Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse. Anzunehmen, man könne vor der Machtübernahme durch das Proletariat Normen des bürgerlichen Rechtssystems zugunsten des Proletariats verwenden, wäre demnach eine reine Utopie. Eine derart rigide Auffassung scheint mir jedoch jenen dialektischen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft zu vergessen, von dem wir oben gesprochen haben: jene zwei innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft gleichzeitig existierenden widersprüchlichen Logiken, die zugleich wirken und die beide dazu tendieren, die gesellschaftlichen Verhältnisse um sie herum zu organisieren. Gewiß – und dies haben wir bereits hervorgehoben – ist heute die Logik der Produktionsverhältnisse, die Logik des Profits also, stärker. Aber wir haben gesehen, daß auch die antagonistische Logik, die gebunden ist an die Entwicklung der Produktivkräfte, nicht unterdrückt werden kann. Ihr Gewicht wirkt sich unweigerlich auf das gesamte soziale Leben aus, auch auf das Recht. Übrigens haben Marx und Engels oft wiederholt, daß der Klassenkampf ein Kampf um die Macht ist – und folglich auch ein Kampf um das Recht, denn die Macht findet ihren Ausdruck nicht nur in der administrativen Praxis und in den ökonomischen Direktiven, sondern auch in den Rechtsnormen. Gegen diese Interpretation wird nun häufig der bekannte Satz von Marx angeführt, daß »das Recht nie höher sein (kann) als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft«<sup>30</sup>. Aber »die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft« sind gerade Resultat eines Kampfes zwischen Klassen, Gruppen, antagonistischen Gruppen, und das Recht, wie die Macht überhaupt, kann nur die Resultante dieses Kampfes sein. In ihm kann sich daher nicht bloß der Wille der einen herrschenden Klasse reflektieren, sondern vielmehr nur die zwischen den verschiedenen sozialen Klassen und auch zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb derselben Klasse existierenden Kräfteverhältnisse. Wenn dem nicht so wäre, wenn

<sup>30</sup> K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19, S. 21.

wir annehmen müßten, daß die herrschende Klasse die unumschränkte Macht besitzt und daß die unteren Klassen davon vollständig ausgeschlossen sind, wenn wir also die Macht als ein ganz und gar homogenes Instrument, dessen Schalterhebel ausschließlich von der Willkür der herrschenden Klasse bedient werden, betrachten müßten, dann könnten wir daraus nur den Schluß ziehen, daß der Klassenkampf, der seit der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft stattfindet, völlig vergeblich gewesen wäre, daß er ein unnützer Kampf um die Macht gewesen wäre und auf die Machtverhältnisse selbst nicht den geringsten Einfluß gehabt hätte. Dies ist jedoch gewiß nicht der Schluß, den Marx gezogen hat, wie man klar seinen ausführlichen Erörterungen über die Fabrikgesetzgebung entnehmen kann:

»Wir erklären die *Beschränkung des Arbeitstages* für eine Vorbedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Verbesserung und Emanzipation scheitern müssen. [. . .] Das kann nur erreicht werden durch die Verwandlung *gesellschaftlicher Einsicht* in *gesellschaftliche Gewalt* und unter den gegebenen Umständen kann das nur durch *allgemeine* Gesetze geschehen, durchgesetzt durch die Staatsgewalt. Bei der Durchsetzung solcher Gesetze stärkt die Arbeiterklasse keineswegs die Macht der Regierung. Im Gegenteil, sie verwandelt jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihre eigenen Diener.«<sup>31</sup>

Aus diesem Abschnitt geht unmißverständlich hervor, daß Marx an der Wirksamkeit von Gesetzen, die auch unter bürgerlichem Regime Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse sein können, festhält und daß er keinesfalls der Ansicht ist, ein Gesetz zum Schutz der Arbeiterklasse bewirke bloß einen Machtzuwachs der bürgerlichen Regierung.

Der Kampf um die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages

»wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.«<sup>32</sup>

Die Proudhonisten

»verschmähen alle *revolutionäre*, i. e. aus dem Klassenkampf selbst entspringende Aktion, alle konzentrierte, gesellschaftliche, also auch durch *politische Mittel* (wie z. B. *gesetzliche* Abkürzung des Arbeitstages) durchsetzbare Bewegung . . .«<sup>33</sup>

In dieser Passage stellt Marx mit Recht fest, daß eine derartige Gesetzgebung, die ein antagonistisches Prinzip einführt, als eine revolutionäre Aktion zu betrachten ist.

»Mit den materiellen Bedingungen und der gesellschaftlichen Kombination des Produktionsprozesses reift sie [die Fabrikgesetzgebung] die Widersprüche und Antagonismen seiner kapitalistischen Form, daher gleichzeitig die Bildungselemente einer neuen und die Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft.«<sup>34</sup>

<sup>31</sup> K. Marx, *Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen*, MEW 16, S. 192 und 194.

<sup>32</sup> K. Marx, *Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation*, MEW 16, S. 11.

<sup>33</sup> Marx an Kugelman am 9. Oktober 1866, MEW 31, S. 529.

<sup>34</sup> K. Marx, *Das Kapital*, I, MEW 23, S. 526.

Hier sehen wir direkt, wie Marx dieser Gesetzgebung die Funktion zuschreibt, alle Widersprüche reifen zu lassen, die Elemente der neuen Gesellschaft (von denen bereits die Rede war) zu bilden und infolgedessen die Revolutionierung der alten Gesellschaft voranzutreiben.

Es kann also keinen Zweifel darüber geben, daß für Marx das Recht nicht einfach monolithischer Ausdruck der Macht der herrschenden Klasse ist, sondern im Gegenteil widersprüchlicher Ausdruck des Klassenkampfes, Ausdruck des Konflikts zwischen den beiden widersprüchlichen Logiken, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft das Feld streitig machen.

Wir können aus dieser kurzen Untersuchung die Schlußfolgerung ziehen, daß der Marxismus das Recht als Ausdruck der bestehenden Gesellschaft und ihrer Klassenspaltung begreift, daß das Recht deshalb in erster Linie Instrument in den Händen der stärksten (der herrschenden) Klasse ist, daß es aber falsch wäre, dies in einem geschlossenen und statischen Sinn aufzufassen, da der Klassenkampf permanent dazu tendiert, die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zu verändern. Es ist folglich durchaus denkbar, daß es der Arbeiterklasse in ihren Kämpfen (und allgemeiner: den Produktivkräften in ihrer Entwicklung) gelingt, auf das Rechtssystem Einfluß zu nehmen und in die kapitalistische Logik dadurch antagonistische Elemente einzubringen, daß sie innerhalb der Rechtsordnung selbst jenen Konflikt zwischen den zwei sich widersprechenden Logiken belebt, den Marx, wie wir gesehen haben, als Motor des revolutionären Prozesses begreift. Es gibt nun eine Reihe von Wegen, auf welchen diese antagonistischen Elemente in die Rechtsordnung eindringen können; ich werde mich hier damit begnügen, einige davon anzugeben:

1. Den ersten Weg kann man bestimmen, indem man von der Funktion des bürgerlichen Rechtes ausgeht. Die bürgerliche Klasse gibt dem Rechtssystem und vor allem gewissen allgemeinen Prinzipien über deren normative Funktion hinaus auch eine ideologische Funktion: die Realität zu verschleiern und das Bewußtsein zu mystifizieren. Marx hat uns gelehrt, daß in den Phänomenen der bestehenden Gesellschaft zwei Ebenen zu unterscheiden sind: die »Erscheinungsform« und der »verborgene Hintergrund«<sup>35</sup>. Die ideologische Funktion des Rechts ist nun genau die, das reale Substrat, den »verborgenen Hintergrund«, zu verschleiern.

Die bürgerliche Gesellschaft beruht in diesem »verborgenen Hintergrund« auf Ungleichheit, auf Unterdrückung und Ausbeutung. Sie kann sich jedoch nicht offen in diesem Gewand zeigen; sie muß vielmehr, um im Rahmen des Möglichen sich der Zustimmung selbst der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen zu versichern, verkünden, eine Gesellschaft von Freien und Gleichen zu sein. So ist denn auch das zentrale Moment der kapitalistischen Verhältnisse, das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter – das Verhältnis der Ungleichheit par excellence –, von der bürgerlichen Publizistik und von der offiziellen politischen Ökonomie immer dargestellt worden als ein Vertrag zwischen freien und gleichen Kontrahenten, ebenso wie das Tauschverhältnis zwischen Arbeitskraft und Lohn – die Matrix der Ausbeutung – dargestellt wurde als ein Äquivalententausch. So wiederholen im allgemeinen auch alle Verfassungen, daß »vor dem Gesetz alle gleich sind«, obwohl in Wirklichkeit genau das Gegenteil der Fall ist und Benachteiligungen tagtäglich vorkommen; so wird auch das allgemeine Wahlrecht dargestellt als die Quintessenz der Demokratie und der Gleichheit der Staatsbürger, während wir wissen, daß arithmetisch zwar jeder in die Urne ge-

<sup>35</sup> Ibid. S. 564.

legte Stimmzettel als eine Stimme gezählt wird, in Wirklichkeit die Staatsbürger aber in Reichtum, Kultur, usw. zutiefst ungleich sind und somit nicht die gleiche Fähigkeit haben, die wirklichen Probleme, die sie zu beurteilen aufgefordert sind, zu erkennen – sodaß sie letzten Endes auch bei der Stimmabgabe eine ungleiche Macht ausüben. Dasselbe gilt für die Politik der bürgerlichen Regierungen, die sich immer als Ausdruck des »Allgemeininteresses« darstellen, während sie in Wirklichkeit normalerweise im Dienste der Interessen von privilegierten Schichten stehen.

Nun kann die bürgerliche Gesellschaft ihren Klassencharakter nicht abstreifen, daher auch nicht den Klasseninhalt des größten Teils ihrer Gesetze. Aber je mehr dieser Inhalt Klasseninhalt ist, desto mehr ist die bürgerliche Gesellschaft gezwungen, ihn mit einem ideologisch mystifizierenden Schein zu verkleiden, der sich mit den Farben der Freiheit und vor allem der Gleichheit bemäntelt, die *im Prinzip* die Negation der Privilegien und der Klassengesellschaft sind. Innerhalb der Rechtsnormen und des bürgerlichen Staates existiert somit ein Widerspruch, den Marx schon in seinen ersten Schriften aufgedeckt hat:

»Was nun das wirkliche Leben betrifft, so enthält grade der *politische Staat*, auch wo er von den sozialistischen Forderungen noch nicht bewußterweise erfüllt ist, in allen seinen *modernen* Formen die Forderung der Vernunft. Und er bleibt dabei nicht stehn. Er unterstellt überall die Vernunft als realisiert. Er gerät aber ebenso überall in den Widerspruch seiner ideellen Bestimmung mit seinen realen Voraussetzungen. Aus diesem Konflikt des politischen Staates mit sich selbst läßt sich daher überall die soziale Wahrheit entwickeln.«<sup>36</sup>

Der Widerspruch zwischen den proklamierten Prinzipien als allgemeinen Ordnungsprinzipien und der Klassenwirklichkeit ist also ein permanenter Widerspruch des bürgerlichen Staates. Gäben wir uns bloß mit der Feststellung zufrieden, jene proklamierten Prinzipien des bürgerlichen Staates, die auch die Rechtsordnung prägen, seien Lügen, begnügten wir uns mit der Denunziation dessen, daß das Gesetz nicht gleich für alle ist, so kämen wir jenen von Marx kritisierten Utopisten gleich, die im Elend einzig das Elend sehen und nicht das revolutionäre Potential, das es dialektisch erzeugt. Jeder Widerspruch innerhalb der Gesellschaft, des Staates, der bürgerlichen Rechtsordnung enthält in sich einen revolutionären Angriff und muß vom Proletariat als ein Hebel zum Zerschlagen der Unterdrückung benutzt werden. Mit anderen Worten: die Rechtsideologie muß wie die religiöse Ideologie dazu helfen, den Widerspruch aufzudecken, den sie zu verschleiern versucht, wodurch sie eine Waffe zur Überwindung jenes Widerspruchs wird.

2. Der zweite Weg, auf dem sich im bürgerlichen Rechtssystem Prinzipien, Normen oder Institute durchsetzen, die sich zu einer antagonistischen Logik vereinen, wird von der Entwicklung der Produktivkräfte, welche die herrschende Klasse zwingt, sich nach dem zunehmend gesellschaftlicheren Charakter dieser Kräfte zu richten, eröffnet. In dem Maß nämlich, wie die Produktivkräfte riesige Ausmaße annehmen und immer massivere Investitionen erfordern, wie die Märkte – sei es für die Zufuhr oder für den Absatz – sich ausdehnen zu immer weiteren Dimensionen und für einige Produkte sich mit dem Weltmarkt selbst vermischen; in dem Maß, wie die internationalen ökonomischen Verhältnisse eine immer größere Relevanz erhalten und die Ausbildung der Arbeiterschaft und der Techniker wie die wissenschaftliche Forschung staatlich organisiert und auf das Ziel der Entwicklung der Produktivkräfte ausgerichtet werden müssen; in

<sup>36</sup> K. Marx, *Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern«*, MEW 1, S. 345.

dem Maße, wie die Verstädterung und das Verkehrsnetz entsprechend dem von den Notwendigkeiten der Produktion diktierten Rhythmus voranschreiten müssen und wie auf dem Land die alten Technologien sich als immer weniger adäquat erweisen und aufgegeben werden müssen – in dem Maß also erleidet die gesamte Organisation des sozialen Lebens eine Reihe von Veränderungen.

»Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherrn, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.«<sup>37</sup> In dieser außerordentlich groben Form hatte Marx jenes Gesetz der Entsprechung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen formuliert, das ich bereits erwähnt habe. Obwohl wir uns im klaren sind über die außerordentliche Geschmeidigkeit, die von der kapitalistischen Gesellschaft aufgebracht werden kann, um die steigende Entwicklung der Produktivkräfte in sich aufzunehmen und sich von Mal zu Mal an diese anzupassen, so steht doch fest, daß dieser Angleichungsprozeß voraussetzt, daß die kapitalistische Gesellschaft sich – zumindest teilweise – der gesellschaftlichen Natur dieser Produktivkräfte beugen muß, um einen allzu krassen Kontrast zu vermeiden. Marx schreibt im *Elend der Philosophie* hinsichtlich der gesetzlichen Sanktionierung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter: »... es war das ökonomische System, welches das Parlament gezwungen hat, diese Autorisierung von Gesetzes wegen zu verkünden.«<sup>38</sup>

In ähnlicher Weise sind die kapitalistischen Klassen und die Parlamente zahlreicher Länder von den neuesten Entwicklungen des ökonomischen Systems gezwungen worden, ihre Gesetzgebung zu verändern und Normen einzuführen, welche das kollektive Moment immer stärker betonen und in denen das »Öffentliche« sich immer stärker dem »Privaten« aufdrängt, auch wenn das heute letzten Endes den großen Privatinteressen zugute kommt, welche die Regelmäßigkeit des Profits nicht mehr garantieren können ohne den Rekurs auf den Eingriff des Öffentlichen, des Staates. Offensichtlich manifestiert diese Staatsintervention den Vergesellschaftungsprozeß der Produktivkräfte, der die historische Irrationalität der privaten Produktionsverhältnisse verdeutlicht. Die private Aneignung des Mehrwerts, die Konsequenz dieser Produktionsverhältnisse ist, resultiert heute nicht mehr bloß aus dem einfachen Verhältnis Kapitalist – Arbeiter, sondern erheischt zu ihrer Realisierung eine Reihe von öffentlichen Interventionsmechanismen, eine allgemeine Mobilisierung des Staatsapparats, dessen Eingreifen die Ökonomie funktionieren läßt und die Möglichkeit des Überlebens des Privatkapitalismus zu verbürgen hat. Mit Recht stellte Lenin fest, daß der Staatskapitalismus die Vorstufe zum Sozialismus ist, weil er augenfällig macht, wie der Privatkapitalismus, die private Aneignung des Mehrwerts, die Logik des Profits historisch überholt sind.

Der Kapitalismus ist also, um überleben zu können, gezwungen, sich in die genannte Richtung zu entwickeln; er muß alle Institutionen und alle Organisationsformen koordinieren, die zum Zwecke der Staatsintervention und zum Funktionieren der Wirtschaft zunehmend geschaffen werden – bis hin selbst zur Verstaatlichung einiger Industrien und zu Planungsentwürfen. Das alles sind gleichfalls Elemente, welche die antagonistische Logik der Produktivkräfte in die staatliche Ordnung eingeführt hat, womit diese aufhört, ein bloßer Ausdruck des Privatkapitalismus zu sein (z. B. Institute im chilenischen Staatsapparat wie die DIRINCO, die ECO, die CORFO<sup>38a</sup> gehören genau zu diesem Typus von Organis-

<sup>37</sup> K. Marx, *Das Elend der Philosophie*, MEW 4, S. 130.

<sup>38</sup> *Ibid.* S. 178.

<sup>38a</sup> Näheres zur Aufgabe und Arbeitsweise dieser Institute bei Reinhard v. Brunn, Chile »gesetzlicher Weg« – eine Sackgasse?, in diesem Heft S. 264 ff. [Anm. d. Red.]

mus). Auf diesem Weg erhält der Privatkapitalismus eine Potentialität zur Weiterentwicklung in Richtung auf eine Gesellschaft, die unter dem Einfluß der Logik des Sozialismus, d. h. der Logik der kollektiven Verwaltung der Wirtschaft, steht. Am Tag, an dem es der Arbeiterklasse gelingt, den Staat zu erobern, beginnt sie daher keineswegs damit, ex nihilo eine neue Gesellschaft herauszubilden.

3. Aber mit diesem Druck der Entwicklung der Produktivkräfte, den wir als objektiven Druck bezeichnen können, geht der subjektive Druck der Arbeiterklasse – der wichtigsten Produktivkraft – einher. Wir haben bereits festgestellt, daß der Klassenkampf ein Kampf um die Macht und somit auch um das Recht ist und daß die Arbeiterklasse in ihm dazu gelangt, Veränderungen in der Rechtsordnung zu bewirken, daß es ihr gelingt, Normen und Prinzipien in sie einzuführen, die wir nach einem Wort von Marx als »Elemente der neuen Gesellschaft« bezeichnen können.

Im Jahre 1849 hat Karl Marx vor dem Geschworenengericht in Köln den Code Napoléon als den »gesetzlichen Ausdruck« der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet<sup>38b</sup>. 40 Jahre später jedoch stellte Engels in einem Brief an Conrad Schmidt (27. Oktober 1890) fest, daß »der reine, konsequente Rechtsbegriff der revolutionären Bourgeoisie von 1792–96 [. . .] ja schon im Code Napoléon nach vielen Seiten gefährdet (ist) und soweit er darin verkörpert, [. . .] täglich allerhand Abschwächungen erfahren (muß) durch die steigende Macht des Proletariats.«<sup>39</sup> Dieser Prozeß ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, ihn weiter zu erläutern: Es ist die harte und leuchtende Geschichte der Kämpfe, Opfer und Errungenschaften der Arbeiterklasse, die nach und nach die Kräfteverhältnisse verändert und auch der Gesetzgebung ihren Stempel aufgedrückt hat.

4. Schließlich wollen wir noch bei einem letzten Aspekt verweilen, der zeigt, wie die antagonistische Logik in die bürgerliche Rechtsordnung eindringt: Es geht um das, was wir die stillschweigende Veränderung der Rechtsordnung nennen können, die auf der Veränderung der Wortbedeutungen beruht. Eine Rechtsnorm kann, obwohl ihr buchstäblicher Text bestehen bleibt, andere Bedeutungen erhalten entsprechend den im gesellschaftlichen und kulturellen Kontext vor sich gehenden Veränderungen, welche die Bedeutung der Wörter neu färben. Ein Ausdruck etwa wie »öffentliche Ordnung« wird unter einem faschistischen Regime etwas ganz anderes bedeuten als in einem bürgerlich-demokratischen oder gar in einem fortgeschritteneren Regime, in dem sich die Arbeiterklasse den vollen Respekt vor dem Streikrecht und der öffentlichen Kundgebung der Meinung und des kollektiven Willens verschafft hat. Ausdrücke wie »Moral« oder »öffentlicher Anstand«, die in Gesetzestexten häufig anzutreffen sind, verändern ihre Bedeutung mit den Veränderungen der Zeiten und Bräuche.

Wenn es zum Beispiel in der italienischen Verfassung heißt, die Strafen müssen beseelt sein vom »Geist der Menschlichkeit«, oder die private ökonomische Initiative dürfe sich nicht in Gegensatz stellen zur »menschlichen Würde« oder zum »gesellschaftlichen Nutzen«, oder das Privateigentum müsse einhergehen mit seiner »gesellschaftlichen Funktion«, so verwendet sie hier Ausdrücke, deren Bedeutung sich mit dem Wandel des sozio-kulturellen Zusammenhangs wandelt.

Auch die chilenische Verfassung enthält Ausdrücke dieser Art: zum Beispiel die Definition der Regierung als »repräsentativ-demokratisch« (Art. 1), »Gleichheit« vor dem Gesetz (Art. 10/1), keine privilegierten Klassen, die Bestimmung der sozialen Funktion des Eigentums (Art. 10/10), das »Allgemeininteresse des Staa-

<sup>38b</sup> Vgl. MEW 6, S. 245.

<sup>39</sup> MEW 37, S. 491.

tes«. Das sind gleichfalls Formeln, die vielen Interpretationen zugänglich sind und die sich mit dem Wandel der kulturellen und politischen Werte verändern, die Begriffen wie »Demokratie«, »Gleichheit«, »Sozialität«, »Allgemeininteresse« Bedeutungen verleihen, welche grundlegend verschieden sein können. Deshalb kann die Arbeiterklasse den Inhalt der Rechtsnormen und selbst die Normen der Verfassung in dem Maße verändern, wie es ihr zu bewirken gelingt, daß das Volksbewußtsein ein klares Bewußtsein der sozialen Pflichten der Allgemeinheit erhält.

Aus dieser summarischen Darlegung geht hervor, daß der Widerspruch, der die kapitalistische Gesellschaft zerreißt, notwendig auch in der Rechtsordnung auftritt, die – weit davon entfernt, ein kompaktes Ganzes von vollständig dem Ziel der unmenschlichen Herrschaft des kapitalistischen Willens dienenden Normen zu sein – das Resultat eines Kräftezusammenstoes und des daraus sich ergebenden Kompromisses ist und die permanent veränderbar ist je nach der Entwicklung des Kampfes.

»So besteht der Gang der ›Rechtsentwicklung‹ grotenteils nur darin, daß erst die aus unmittelbarer Übersetzung ökonomischer Verhältnisse in juristische Grundsätze sich ergebenden Widersprüche zu beseitigen und ein harmonisches Rechtssystem herzustellen gesucht wird und dann der Einfluß und Zwang der ökonomischen Weiterentwicklung dies System immer wieder durchbricht und in neue Widersprüche verwickelt.«<sup>40</sup>

In dem Moment, in dem die Arbeiterklasse Erfolge verbuchen kann, in dem sich ihre Einheit und Geschlossenheit, ihr schöpferischer Aufschwung und ihre Organisationen verstärken, in dem sie dahin tendiert, eine Hegemonie über die öffentliche Meinung zu erwerben – in diesem Moment beschleunigen sich die beschriebenen Prozesse und die mannigfaltigen Elemente einer Vergesellschaftungslogik, die nach und nach eingeführt worden sind, erreichen jetzt nicht nur ein besseres Resultat, sondern – und darauf kommt es vor allem an – hören auf, verstreute und in der kapitalistischen Gesetzgebung erstickende Elemente zu sein, um eine allgemeine Orientierungsfunktion – sei es in der Interpretation und Anwendung der alten Texte, sei es in den neuesten Entwicklungen der Gesetzgebung – anzunehmen. Was wir antagonistische Logik genannt haben, die zuerst beinahe versteckt innerhalb der bürgerlichen Ordnung angelegt war, tritt jetzt hervor, um die ganze Ordnung in einem neuen Licht erscheinen zu lassen und aus ihren Widersprüchen einen bisher latenten Inhalt zu entlassen.

Gewiß könnte man jetzt einwenden, daß die Phase, auf die ich mich hier beziehe, eine Phase ist, die sich noch unter kapitalistischer Herrschaft entfaltet und somit nicht mit jener übereinstimmt, die Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* im Auge hat, wenn er schreibt: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.«<sup>41</sup> Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß diese Schrift von Marx eine polemische Schrift ist, die dazu diente, den überwiegend lassalleanischen Inhalt des Gothaer Programms zu zerpfücken und mit dem zitierten Satz die im Programm enthaltene Forderung zerstören wollte, daß die Partei nach Gotha eine »freiheitliche Grundlage des Staates« erstreben müsse. Ferner ist ebenfalls bekannt, daß Marx im allgemeinen nicht besonders gern Programme für die Zeit nach

<sup>40</sup> Ibid.

<sup>41</sup> *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19, S. 28.

der Revolution entwarf: Sechs Jahre nach dieser Schrift antwortete er Domela Nieuwenhuis, die ihn um Rat gebeten hatte darüber, was die Arbeiterklasse nach der Machtübernahme zu tun habe, daß dieses Problem gar nicht existiere und daß die Antwort nur in der Kritik der Frage bestehen könne, weil man über solche Fragen nicht abstrakt diskutieren könne; die Arbeiterklasse gelange an die Macht, wenn die objektiven Bedingungen dafür herangereift seien, so daß sie dann leicht imstande sei, die Probleme zu meistern.<sup>42</sup> Auch wenn die Formulierung recht klotzig ist und auch wenn wir wissen, daß das Problem sich heute auf eine andere Weise stellt – da es Länder gibt, die sich selber als sozialistische bezeichnen und die bereits ähnlichen Schwierigkeiten gegenüberstanden, so daß die Diskussion nicht mehr bloß abstrakt ist – so glaube ich doch, daß die allgemeine Auffassung von Marx darüber klar zum Ausdruck kommt im berühmten Satz:

»Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.«<sup>43</sup>

Marx wiederholt die gleiche Ansicht übrigens noch einmal im Brief an Bracke, der die *Kritik des Gothaer Programms* begleitet: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«<sup>44</sup> [ . . . ]

### III. DIE ENTSTEHUNG DER NEUEN GESELLSCHAFT

Ich habe mich bei den theoretischen Aspekten vor allem deswegen so lange aufgehalten, weil ich der Argumentation derjenigen entgegentreten wollte, die – auf der Grundlage einer meines Erachtens falschen Marx-Interpretation – die Rechtsordnung für ein kohärentes und organisches Ganzes zum ausschließlichen Vorteil der herrschenden Klasse halten und daher behaupten, daß der Übergang zum Sozialismus die vollständige Außerkraftsetzung des gesamten Rechtssystems und die Einführung gänzlich neuer Gesetze erheische. Ich meinerseits glaube dagegen, daß der Übergang zum Sozialismus, gerade weil er eine radikale Veränderung der rechtlichen, politischen und sozialen Ordnung ebenso wie der ethischen Werte und des Bewußtseins der Menschen erfordert, nicht allein mit Maßnahmen von oben erzielt werden kann, sondern das bestehende kulturelle Erbe maximal zu nutzen wissen muß und nach Möglichkeit allzu schroffe Brüche im historischen Prozeß zu vermeiden hat. Daß Marx darauf insistiert hat, daß die neue Gesellschaft im Schoße der alten entsteht, zeigt, daß seine Auffassung nicht nur des historischen Prozesses überhaupt, sondern gerade auch des revolutionären Prozesses in einer Synthese von Kontinuität und Bruch ohne historische Leerstellen besteht. Die Transformation einer Gesellschaft und ihrer Strukturen, aber vor allem der Menschen, ohne die sich die Gesellschaft nicht verwirklicht, läßt sich nicht dadurch vollziehen, daß mit einem Zauberstab das akkumulierte historische und kulturelle Erbe hinweggefegt wird, um danach nach einem vorgefaßten Modell neu errichtet zu werden. Sie muß im Gegenteil von der notwendig widersprüchlichen Realität ausgehen und einen Aspekt des Widerspruchs, der in der Gesellschaft, ihren Institutionen und im menschlichen Bewußtsein selbst vor-

<sup>42</sup> Brief an Domela Nieuwenhuis am 22. Februar 1881, MEW 35, S. 160.

<sup>43</sup> *Vorwort* von *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 9.

<sup>44</sup> MEW 19, S. 13.

handen ist, als archimedischen Punkt benutzen, an dem der Hebel der Erneuerung ansetzt. In dem Maß, wie es der neuen Gesellschaft und der sie ausdrückenden Logik gelingt, einen Teil des alten sozialen, kulturellen und auch rechtlichen Erbes zu assimilieren, wird der Übergang zum Sozialismus erleichtert.

Eine der größten Schwierigkeiten der sowjetischen Revolution hat sich gewiß aus der Notwendigkeit ergeben, mit der gesamten Vergangenheit tabula rasa zu machen und wieder vom Nullpunkt auszugehen, wodurch eine Reihe von gewaltsamen Brüchen in der historischen Kontinuität entstanden ist, was dann notwendigerweise Gleichgewichtsstörungen zwischen der Entwicklung der neuen Strukturen, der neuen Kultur, der politischen Demokratie und der nicht weniger wichtigen Veränderung der Menschen verursacht hat. Nicht zufällig sind die Volksdemokratien nach dem zweiten Weltkrieg nicht derselben Praxis gefolgt, sondern haben es vorgezogen, sich zunächst an einer Neuinterpretation der bestehenden Rechtsnormen zu orientieren: Man vergleiche dazu zum Beispiel das bulgarische Gesetz vom 21. November 1950, das verfügt, das Gesetz sei im sozialistischen Sinne anzuwenden und zu integrieren, oder das polnische Gesetz Nr. 311 desselben Jahres, usw.

Wenn daher Präsident Allende betont, einen revolutionären Weg einschlagen zu wollen »in Übereinstimmung mit der Realität, der Geschichte, der Tradition und den Besonderheiten unseres Landes«<sup>45</sup>, oder wenn er sagt: »Der Weg Chiles ist jener, den wir uns auf der Grundlage unserer Geschichte, unserer Tradition und unseres Wesens vorgenommen haben; wir haben uns dafür entschieden, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu handeln, um diese in eine authentische sozialistische Demokratie zu verwandeln«<sup>46</sup>, [...] so bezieht er sich implizite auf die Marxsche Auffassung, die den revolutionären Prozeß als einen permanenten Konflikt zwischen in den Strukturen und im Überbau der bürgerlichen Gesellschaft existierenden widersprüchlichen Momenten begreift und als die fortschreitende Herausbildung der Elemente der neuen Gesellschaft aus diesem Konflikt.

Wenn ich dies sage, so will ich nicht verhehlen, daß sich die Gesamtheit von Normen, Prinzipien, Institutionen in der rechtlichen, politischen und sozialen Ordnung des Kapitalismus befindet. Gleichwohl können sie als Ausdruck einer antagonistischen Logik verstanden werden, auch wenn sie von der Logik des herrschenden Systems überlagert und daher normalerweise unwirksam oder verstreut sind oder höchstens als marginale oder Ausnahmenormen gelten. Sie erhalten jedoch eine vollständig neue Komponente in dem Moment, wo die politische Führung des Landes in die Hände des Volkes übergeht.

Vor allem gibt eine politische Führung an der Spitze des Landes, die vom entschiedenen Willen beseelt ist, diesen revolutionären Prozeß zu leiten, allen antagonistischen Elementen – die vorher bereits existiert haben, aber als fragmentarische und kaum wirksam erschienen – einen präzisen Bezugs- und Koordinationspunkt, der es erlaubt, der aus der Entwicklung der Produktivkräfte entspringenden Vergesellschaftungslogik Gestalt und Substanz zu verleihen. Dergestalt kommt dieser Vergesellschaftungslogik schließlich die Rolle zu, welche die Geschichte ihr zuweist: Kristallisationsachse zu sein, wo alle Elemente zusammenkommen, welche die neue sozialistische Gesellschaft bilden – die Gesellschaft, in der die Produktionsverhältnisse sich den gesellschaftlichen Erfordernissen der Produktivkräfte anpassen; damit hört sie auf, eine untergeordnete Kraft,

<sup>45</sup> Aus der Rede zur Eröffnung der Ersten Sommer-Gewerkschafts-Schule der Universität von Chile in Valparaíso am 13. Januar 1971, in: *Nuestro camino hacia del socialismo*, Santiago 1971.

<sup>46</sup> Aus der Rede in Viña del Mar am 13. Februar 1971, in: *El Siglo*, 15. Februar 1971.

überwältigt von der Logik des Systems, zu sein und erwirbt eine eigene Kraft der Anziehung, des Zusammenhalts und der Koordination all dieser Elemente in einem neuen sich herausbildenden Gesellschaftssystem.

Es scheint mir hier angebracht, nochmals mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß sich der authentische Revolutionär vom Reformisten nicht – wie es ein »Marxismus« nicht müde wird zu behaupten, der deformiert ist von dem, was wir die revolutionäre Volkstradition genannt haben – durch den Kampf für die gewaltsame Machteroberung unterscheidet. Vielmehr durch die Fähigkeit zum subjektiven Eingreifen in die objektiven Entwicklungsprozesse der Gesellschaft; durch die Verwendung des vergesellschaftenden Aufschwungs der Produktivkräfte gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse; durch die Fähigkeit, in jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes organische Entscheidungen treffen und eine sozialistische Strategie durchhalten zu können. Mit dieser Strategie muß jede Aktion der Bewegung, ob friedlich oder gewaltsam, von der Kultur bis zur Gesetzgebung, von der Schaffung von Gegengewalten bis zur Eroberung der bürgerlichen Machtmittel koordiniert sein und als Teil eines Ganzen begriffen werden; ihr müssen insbesondere jede taktische Bewegung und jede Vorsicht untergeordnet sein [. . .]. Auf diese Weise wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine Logik geschaffen oder verstärkt, die alle sozialistischen Tendenzen und alle Elemente in sich vereinigt und koordiniert, die in einem bestimmten Augenblick auch automatisch wirken kann – statt daß man die Kraft der sozialistischen Rekonstruktion der Gesellschaft ausschließlich einer mit Gewalt aufrecht erhaltenen politischen Macht anvertraut, die auf soziale Widerstände und historische Traditionen stößt und den Vergesellschaftungsprozeß ungeheuer schwierig macht und mit außerordentlichen Gefahren belädt.

Dieser Prozeß, von dem hier die Rede ist, wird dadurch erleichtert, daß der Übergang der Exekutive in die Hände einer sozialistischen Kraft die Vorzeichen vieler anderer Normen und Institutionen verändert, die gebildet wurden zur Verteidigung des alten Regimes gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse: Es handelt sich um Normen und Institutionen, durch welche die Exekutivgewalt – sei es zu politischen, administrativen oder ökonomischen Zwecken – verstärkt worden ist, was einer heute in allen Ländern der Welt weit verbreiteten Tendenz entspricht. Von besonderer Relevanz für die Zwecke, die uns hier interessieren, sind die Möglichkeiten zum Eingriff in den ökonomischen Bereich, welche durch eine zunehmende Reihe von Normen immer stärker in die Hände der Exekutive gelegt werden, um die Koordination und Programmierung der ökonomischen Initiative zu erleichtern und um die Stabilität des Profits und die normale Entwicklung des Akkumulationsprozesses zu gewährleisten.

Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß die politische Macht – vor allem dann, wenn sie von einer parlamentarischen Mehrheit abhängt, die politisch ganz anders orientiert ist, wie dies gegenwärtig in Chile der Fall ist – bei weitem nicht die effektive Leitung der Gesellschaft bedeutet. Es gibt in Europa zuviele Beispiele von Ländern, in denen die Arbeiterpartei – insbesondere die Sozialdemokratie – seit langem die politische Macht innehat (in Schweden sogar ein halbes Jahrhundert lang), ohne jedoch die Hegemonie über das soziale Leben erlangt zu haben, die in den Händen der alten herrschenden Klasse geblieben ist. Diese Situation hängt jedoch weitgehend damit zusammen, daß ein echt sozialistischer Wille gefehlt hat, daß es also versäumt wurde, die Mittel der politischen Macht dazu zu verwenden, auch die gesellschaftlichen Strukturen an der Basis zu beeinflussen und zu verändern. Im wesentlichen ist in diesen Ländern mit sozialdemokratischer Regierung ein Kompromiß eingegangen worden in dem

Sinn, daß die politische Macht in den Händen der Arbeiterpartei gelassen wurde, der Kapitalismus dagegen die effektive Leitung der gesellschaftlichen Macht beibehielt: Die verwirklichten Reformen, die unter bestimmten Gesichtspunkten gewiß bedeutend sind, sind der praktische Ausdruck dieses Kompromisses.

Wenn hingegen die Parteien und Gruppen, welche die politische Macht innehaben, entschlossen sind, die sozialistische Umwälzung durchzuführen, so können sie sich der zur Verfügung stehenden Instrumente bedienen, um ein gutes Stück Weges dieser Transformation zurückzulegen, ohne den Boden der Legalität zu verlassen. Wie lange dieses Stück sein kann, wird zum großen Teil nicht von den Regierungsparteien abhängen, sondern vom Widerstand der herrschenden Klassen oder der konservativen Kräfte, die sich veranlaßt glauben, die Legalität verlassen zu müssen – sei es auf der Ebene unmittelbarer Gewaltanwendung (womit man im allgemeinen rechnen muß), sei es auf der Ebene der Verletzung der Gesetze und Anordnungen, die zum Zweck der sozialen Umwälzung getroffen wurden (wie etwa illegale Kapitalflucht, unerlaubter bürokratischer Obstruktionismus usw.). [. . .]<sup>47</sup>

Die große Aufgabe einer sozialistischen politischen Führung ist es, von dem zusammenhängenden Bündel von Kräften, die der alten Gesellschaft selber entspringen, Gebrauch zu machen und es auf das Ziel des Sozialismus hin voranzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, kann die sozialistische politische Führung einen langen Weg mit legalen Mitteln zurücklegen. In erster Linie kann sie die bestehenden Gesetze verwenden, indem sie sich deren Widersprüche zunutze macht, die wir hervorgehoben haben, und indem sie die Prinzipien allgemeinen Charakters – die bisher nur als mystifizierende Prinzipien verwendet wurden, die aber gleichwohl in den Gesetzen vorhanden sind und eine neue Orientierung durch die Exekutive und eine neue Interpretation durch die Rechtsprechung ermöglichen – entfaltet. Was die Exekutive anbelangt, so hat sie, wie wir bereits gesehen haben, Interventionsmittel zur Verfügung, die zuvor im Dienst der kapitalistischen Erfordernisse funktionierten; oder sie kann sich direkt der Marktmittel und des Aktienerwerbs bedienen. Was die Rechtsprechung betrifft, so kann sie trotz des Widerstandes einer Reihe von Behörden, die die alte Gesellschaft repräsentieren, nur schwer einer Veränderung der kulturellen Werte sich entziehen, zu denen auch die sozialen Prinzipien zählen, die sich in der Gesetzgebung wie in der Verfassung finden. Aber über den Gebrauch dieser Mittel hinaus, die schon einen recht breiten Aktionsradius gestatten, hat sie die Möglichkeit, neue Gesetze zu erlassen. Diese Aufgabe ist gewiß dort leichter, wo die Arbeiterklasse auch über die Legislativgewalt verfügt, was zur Zeit in Chile leider nicht der Fall ist. Hier stößt das Erlassen neuer Rechtsnormen auf zwei Hindernisse: Das eine ist institutioneller Natur und resultiert aus der Verpflichtung, die Verfassung zu respektieren, das andere ist politischer Natur und entspringt dem Kräfteverhältnis innerhalb des Parlaments. Zum ersten Punkt läßt

<sup>47</sup> Hier ist das Referat um einen längeren Abschnitt gekürzt, in dem sich Basso mit den Kräften befaßt, auf die sich die Umwälzung der Gesellschaft stützt. Er unterscheidet dabei im wesentlichen drei Hauptkräfte: a) *objektive Erfordernisse* zur Gewährleistung einer *maximalen Entwicklung der Produktivkräfte* verlangen, daß Hindernisse in den Produktionsverhältnissen eliminiert werden; b) *Forderungen der Arbeiter nach größerer Lebenssicherheit* sind die Kehrseite der größeren Stabilität und Sicherheit, welche der Kapitalismus durch den Eingriff des Staates in die ökonomische Sphäre erlangt; c) *neue kulturelle Orientierungen*, welche der Prozeß des Wachstums und der Vergesellschaftung der Produktivkräfte notwendig mit sich bringt oder welche daraus resultieren, daß die Strukturen neue Institutionen, neue Formen von Partizipation, neue gesellschaftliche Verhältnisse erfordern. [Anm. d. Übers.]

sich jedoch, wie wir schon wiederholt hervorgehoben haben, bemerken, daß die Rechtsnormen und die Normen der Verfassung im besonderen alle ein gewisses Maß an Elastizität besitzen, die auch auf ihrem Kompromißcharakter zwischen verschiedenen Kräften beruht, was, wie vor allem Kelsen gezeigt hat, den westlich-demokratischen Verfassungen gemeinsam ist. Man erinnere sich zum Beispiel an Art. 3 der italienischen Verfassung: »Es ist Aufgabe der Republik, Hindernisse wirtschaftlicher und politischer Art zu beseitigen, welche, indem sie faktisch die Freiheit und die Gleichheit der Staatsbürger begrenzen, die volle Entfaltung der menschlichen Person und die effektive Teilnahme aller Arbeiter an der politischen und sozialen Organisation des Landes verhindern.« Dieser Artikel kann eine weitgehend sozialistische Gesetzgebung gestatten, da nur eine sozialistische Regierung die soziale Ungleichheit wirklich überwinden kann. Die chilenische Verfassung enthält zwar keinen ähnlichen Artikel, aber die bereits zitierten Art. 10/1 und 10/10 sind so formuliert, daß sie zu einer weitgehenden Gesetzgebung mit dem Ziel der Realisierung der Gleichheit, der Abschaffung von Privilegien und der Unterordnung des Eigentums unter seine soziale Funktion berechtigen. Und verlangt der Art. 1, der von einer repräsentativ-demokratischen Regierung spricht, nicht eine tiefgreifende soziale Umwälzung, um seinen demokratischen Inhalt Wirklichkeit werden zu lassen?

Schwieriger mag der Widerstand erscheinen – und er ist es in der Tat –, den eine nicht-sozialistische Mehrheit im Parlament den neuen Gesetzen entgegenbringen kann und der sehr viel härter ist, wenn es um Verfassungsänderungen selbst geht. Und trotzdem wäre es falsch, dieses Problem bloß arithmetisch, unabhängig von der gesellschaftlichen Realität, zu bewerten. Wie wir gesehen haben, gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft im allgemeinen starke objektive Anstöße zur Überwindung dieser Situation; schließlich vereinigen sich in den vom Imperialismus ausgebeuteten Ländern in dem Maße, wie diese Ausbeutung ins Volksbewußtsein tritt, gesellschaftliche Kräfte mit nationalen Kräften. Man kann sagen – aber dies würde den Rahmen dieses Referats sprengen – daß beinahe alle revolutionären Lehren, die in unterentwickelten Ländern entstanden sind, dieser doppelten Quelle entspringen und sich mit einer Entwicklungsideologie verbinden, in der manchmal das nationale, manchmal das soziale Moment überwiegt. In den Ländern ohne sozialistische und marxistische Tradition und ohne sozialistische und kommunistische Parteien ist oft zu sehen, daß die Entwicklungsideologie vorwiegend von militärischen Eliten oder anderen Kräften nationalistischer Art auf ihre Fahne geschrieben wird, die zwar mit »Sozialismus« oft ihr Programm färben, in Wirklichkeit aber nicht über den Kapitalismus hinausgehen (ein typisches Beispiel dafür ist der Nasserismus). Hingegen dort, wo es eine bereits formierte Arbeiterklasse gibt, wo sozialistische und kommunistische Parteien existieren und wo infolgedessen die Leitung des Kampfes in den Händen von authentisch revolutionären Kräften liegt, erfüllt sich dadurch schon die erste Bedingung zum Erfolg, die eben darin besteht, daß es an der Spitze der Sache der Öffentlichkeit einen klaren politischen Willen zum Sozialismus gibt.

Natürlich ist es notwendig, daß derjenige, der diesen politischen Willen verkörpert, sich nicht im Besitz der Wahrheit glaubt und meint, die neue sozialistische Gesellschaftsorganisation von oben anordnen zu können, sondern es umgekehrt verstehen muß, die Massen permanent zu mobilisieren zur Erreichung jener Teilerrungenschaften und Zwischenziele, die, wie wir gesehen haben, das Gerüst der neuen Gesellschaft bilden. Wenn es gelingt, eine breite Volksbewegung in der Richtung auf ein stark verlangtes Ziel in Gang zu setzen, verlieren die par-

lamentarischen Mehrheiten jede Bedeutung. Denn eine Partei wird schwerlich akzeptieren, ihre Bindungen zum Volk abzuschneiden und somit den Verlust ihrer Wählerbasis zu riskieren. Die in letzter Zeit in Chile gemachte Erfahrung hat dies in schlagender Weise bestätigt: Die christlich-demokratische Partei mußte für die Präsidentschaftswahlen die Verstaatlichung des Kupfers in ihr Programm aufnehmen und hat dann sogar zusammen mit den Rechten der dazu notwendigen Verfassungsänderung zugestimmt. Es liegt auf der Hand, daß dieselbe Methode der Massenmobilisierung zu vielen anderen Zwecken verfolgt werden kann und daß im Lauf dieser Auseinandersetzungen die Parteien, die auf konservativen Positionen stehenbleiben, ständigen Spannungen und Spaltungen ausgesetzt werden, wie es vor kurzem den Christ-Demokraten Chiles wegen ihrer konservativen Positionen ergangen ist.

Es versteht sich daher von selbst, daß ich, wenn ich von der Verwendung der legalen Mittel spreche, nicht so sehr allein an parlamentarische Vorgänge für sich genommen denke, sondern an eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der die Reformen vorantreibenden Regierung und der sie stützenden Volksmassen, wodurch die Widerstände im Parlament unter zweifachen Druck geraten, der sie brechen kann oder der schließlich erfordert, im günstigen Augenblick das Volk zu Neuwahlen aufzurufen. Die Geschichte lehrt uns, daß in den Momenten großer sozialer Umwälzungen, wo sich im Herzen der Massen größte Hoffnungen entzünden und in den Augen der Ausgebeuteten das Ende des jahrhundertlangen Leidensweges sich abzeichnen beginnt, die Aktion, der Kampf, die revolutionäre Leidenschaft hervorbrechen und bisher schlummernde Energien freigelegt werden oder gar neue Energien entstehen, daß sich Bewegungen in allen Schichten der Gesellschaft erheben. Neue Situationen werden geschaffen, in denen die traditionellen Begriffe der politischen Spaltung an Gewicht verlieren und der siegreiche Marsch der Revolution die Widerstände zerbricht. Eine Volksstimmung dieser Art verkörpert in diesem Moment eine historische Kraft, die sehr wohl ohne Waffen auskommen kann, um die bisherige Gewalt zu zerbrechen – es sei denn, sie stößt auf den bewaffneten Widerstand.

Diese letzte Möglichkeit ist jedoch nie ausgeschlossen und muß immer einkalkuliert werden. Bisher sind alle Versuche, die Gesellschaft sozialistisch umzuwälzen oder auch nur die Volksmassen voranzubringen, auf alle Arten von Widerstand gestoßen: vom ökonomischen (man denke an den berühmten »mur d'argent«, an dem die französische Volksfront zerschellte) bis zum militärischen (von dem die Geschichte Lateinamerikas geprägt ist), vom Widerstand der Staatsadministration (Bürokratie, Richter, usw.) bis zu dem – vielleicht noch schwerer zu besiegenden – Widerstand durch eingewurzelte Gewohnheiten, traditionelle Mentalitäten, Passivität oder Unfähigkeit, sich in der tagtäglichen harten Arbeit zu engagieren, die einen permanenten Aufwand an Energien verlangt, wenn es um den Aufbau der neuen Gesellschaft geht. Man muß leider erkennen, daß das zuletzt Festgestellte keineswegs im Widerspruch steht zu dem, was oben über die aus der revolutionären Bewegung entspringenden Energien gesagt wurde. Es ist nämlich eine Sache zu zerstören, eine andere aber aufzubauen: Es kommt häufig vor, daß die Völker mit der größten Energie die existierende Ordnung bekämpfen, daß sie dann aber nicht mit denselben Energien an den Aufbau der neuen Gesellschaft herangehen; dies ist eine Gefahr, vor der man sich hüten muß. Wie man sich ebenso vor den inneren Feinden: Demagogie, Unvorbereitetsein, Ungeduld, Unverständnis, Anarchie hüten muß, von den schlimmsten Übeln wie Bürokratisierung oder Korruption gar nicht erst zu reden. Ich beziehe mich hier natürlich nicht auf ein bestimmtes Land, sondern auf die allgemeine Erfahrung,

von der wir lernen müssen, um die Fehler zu vermeiden und um die Schwierigkeiten zu meistern.

Als Schlußfolgerung der hier angestellten Überlegungen läßt sich sagen, daß der in diesem Referat skizzierte Transformationsprozeß auf den Enthusiasmus zu zählen wissen muß, wie zugleich auf die Überlegungen der Führer, daß er die politischen Entscheidungen und die technischen Lösungen vereinen muß, daß er kontinuierlich voranschreiten muß, um den Druck des Volkes nicht verpuffen zu lassen, daß er aber zugleich jede Errungenschaft verstärken und konsolidieren muß. Und es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die beste Art, Errungenschaften zu konsolidieren, in der zunehmenden Partizipation und Verantwortung des Volkes besteht. Alle bloß von oben verwirklichten Eroberungen können durch eine Veränderung an der Spitze rückgängig gemacht werden, während jene, die im Volksbewußtsein verwurzelt sind, auch eine Niederlage überleben. Schaffung von neuen Organismen der Volksmacht, wo immer dies möglich ist, Entwicklung der Autonomie, Erweiterung des Verantwortungssinnes, Ermunterung zur Selbstbestimmung wo auch immer, mit einem Wort: Werden die Arbeitermassen zu den Baumeistern ihrer eigenen künftigen Geschichte, so ist damit der solide Felsen gelegt, auf dem das Gebäude einer neuen sozialistischen Gesellschaft errichtet werden kann.

#### *Die Gefahr des Reformismus*

Der Sinn dieses Referats darf nicht mißverstanden werden. Hier ging es nicht darum, zu leugnen, daß die revolutionäre Gewalt in vielen Fällen nützlich sein kann und oft auch notwendig ist: Es gibt Situationen, in denen die imperialistische Unterdrückung allein mit Gewalt zerbrochen werden kann. Hier sollte lediglich ein Aspekt des Problems untersucht werden: ob in den Mitteln, welche die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft verwenden kann, auch die bestehenden legalen eingeschlossen sind oder ob diese unvermeidbar und in allen Fällen im Dienst des Systems stehen. Wir haben gezeigt, daß in der Rechtsordnung zwar eine Logik des Systems, die Logik des Profits, existiert, die in diese Richtung weist; daß jene aber immer auch eine antagonistische Logik enthält, die nicht nur verwendet werden kann und muß, sondern die in einigen Fällen überwiegen kann. Ob dies in Chile der Fall ist, kann allein die chilenische Arbeiterbewegung ernsthaft beurteilen.

Natürlich impliziert der Gebrauch der legalen Instrumente auch Gefahren, insbesondere die, in Parlamentarismus oder Reformismus zu verfallen. Parlamentarismus nennen wir hier das, was Marx als »parlamentarischen Kretinismus« bezeichnet hat, d. h. die Illusion, das Parlament sei das Zentrum der Macht und die Probleme ließen sich alle auf parlamentarischer Ebene lösen. Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß das parlamentarische Vorgehen umso wirksamer ist, je mehr es von einem Kampf der Massen unterstützt und belebt wird und daß die Errungenschaften auf der legislativen Ebene wertlose Papierfetzen sein können, wenn die Arbeiterklasse sich ihrer Resultate nicht mit ihrer ganzen Kraft, Partizipation und der Institutionalisierung neuer Mächte, der aktiven und permanenten Wachsamkeit bemächtigt, um diese Fortschritte in der Gesetzgebung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Man verfällt dem Reformismus, wenn man glaubt, daß der Sozialismus einfach das Resultat einer Reihe von Reformen sein könne und nicht der totalen Umwälzung der Gesellschaftsordnung bedürfe. Die Reformen haben aber einen revolutionären Wert allein dann, wenn sie in einen organischen Plan der Gesell-

schaftsveränderung, eben der Umwälzung, des Machtwechsels eingebettet sind; wenn sie – gewiß nur partiell, aber mit dem Ganzen verbunden – Ausdruck einer radikalen Veränderung sind; wenn sie die Logik des Sozialismus in sich tragen und dazu beitragen, diese Logik in der Gesellschaft zum Siege zu bringen.

Aber nicht genug damit. Wenn die derart verstandenen Reformen nicht von einer weitgehenden Veränderung des Führungspersonals begleitet werden, so droht alles beim alten zu bleiben. Die sozialistische Gesellschaft ebenso wie die kapitalistische, kann nur als System, als Totalität existieren: im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft aber als Totalität, die nicht mehr von inneren Widersprüchen zerrissen wird. In ihr muß es mithin eine innere Kohärenz geben zwischen allen Teilen, insbesondere eine Kohärenz zwischen der Rechtsordnung und den Menschen, die sie anwenden müssen. Bleiben die alte Führung, die alte Bürokratie und Richterschaft unverändert, so können auch die neuen Gesetze und Institutionen vergeblich sein, ihres neuen Inhalts wieder verlustig gehen und auf die Routine des alten Systems reduziert werden. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, man könne die Gesellschaft mit bloßen Anordnungen verändern, ohne die Menschen zu verändern und insbesondere die Menschen, die in irgendeiner Weise an der Macht teilhaben. Es wäre eine andere gefährliche Illusion zu glauben, die Menschen auf Kommando ändern zu können. Der Involutionenprozeß, dem man in der russischen Revolution gegenüberstand, hatte seine Ursachen nicht zuletzt darin, daß man gezwungen war, auf Bürokraten und Spezialisten zurückzugreifen, die nicht zur Arbeiterklasse gehörten: Es ist gewiß ein Widerspruch jener Revolution, daß sie einerseits ohne diesen Rückgriff nicht überleben konnte, daß er aber andererseits einen schroffen Bruch in der Logik der Revolution bedeutete.

Ich habe absichtlich das Problem der internationalen Beziehungen (d. h. des amerikanischen Imperialismus, der der Feind aller Revolutionen – in Lateinamerika ganz besonders – ist) außer acht gelassen, weil es über mein Thema hinausgeführt hätte. Das bedeutet keineswegs, daß ich ignoriere, daß heute kein Land isoliert für sich betrachtet werden kann, daß jedes Land und jedes kapitalistische System in das Netz der imperialistischen Verhältnisse verflochten ist und somit ein Teil eines weltweiten Systems bildet, dessen staatliche Organisation – mit der wir uns hier beschäftigt haben – nur ein Subsystem ist. Es gibt auch eine Logik des Imperialismus, die ohne einen harten Kampf nicht zerschlagen werden kann. [. . .] Auch in diesem Kampf können, soviel läßt sich sagen, die Instrumente verwendet werden, von denen im Referat die Rede war, wie es bei der Nationalisierung des Kupfers geschehen ist, das der imperialistischen Ausbeutung entrissen wurde: Man muß dabei nur bedenken, daß die Konsequenzen weiter reichen und die Reaktionen sehr viel heftiger sein können. Ein Kampf für den Sozialismus muß daher sowohl die nationale wie die internationale Ebene berücksichtigen und muß seinen Kampf auf beiden Ebenen führen, ohne je ihre Zusammenhänge und Implikationen aus dem Auge zu verlieren.

Jede Bewegung, ob sie mit Gewalt oder ohne Gewalt vorgeht, ruft gewaltige und schwierige Probleme hervor, stößt in ihrem Verlauf auf Widersprüche, die an die Widersprüche der Gesellschaft gebunden sind, aus der sie hervorgeht: In der Fähigkeit, diese Probleme zu meistern und diese Widersprüche aufzuheben, besteht die Größe der revolutionären Führer, besteht aber auch die Reife einer Arbeiterbewegung. Wir können zum Abschluß sagen, daß es keine Lösungen gibt, die auf dem Papier stehen bleiben: Die Revolution ist eine Bewegung und das Problem der Bewegung löst sich, wie der Sophismus bei Zenon, beim Gehen: *solvitur deambulando*.